

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

1.

Zwischen Baum und Borke oder – für die Altphilologen unter uns – zwischen Skylla und Charybdis bewegen wir uns mit der Verabschiedung des Haushalts für 2015. Einerseits haben uns die herausragenden Zahlen aus dem Vorjahr und die des laufenden Jahres in die Lage versetzt, wahrhaft aus dem Vollen zu schöpfen. Das diesjährige Investitionsvolumen ist fast schon als traumhaft zu bezeichnen, während wir im kommenden Jahr tief fallen werden. Jedenfalls ziehen 2016 sehr dunkle Wolken auf: 2016 ist mit keiner Schlüsselzuweisung zu rechnen, während wir uns dieses Jahr noch über eine solche in Höhe von 540.000 Euro freuen können. Die nochmals um fast eine halbe Million auf fast 2,2 Millionen Euro gestiegene Kreisumlage wird – selbst bei unverändertem Hebesatz – 2016 deutlich ansteigen. Das können wir überhaupt nicht gebrauchen, weshalb sich unsere Dankesbekundungen an den Landrat für sein Entschuldungskonzept auf Kosten der Kommunen im nicht mehr messbaren Grenzbereich halten. In diesem Zusammenhang appellieren wir an die anwesenden Kreisräte und diejenigen, die sich sonst berufen fühlen, bei der Kreisumlage für 2016 vor allem auch die Finanzen der Kommunen, dem letzten und damit schwächsten Glied in der Kette im Blick zu halten. Die im letzten Jahr auf Grund von Nachzahlungen für zurückliegende Steuerjahre gigantische Gewerbesteuer von 4,86 Millionen Euro kann dieses Jahr – wie leider vorab befürchtet – nur in Höhe von 2,9 Millionen Euro angesetzt werden. Als sichere Bank erweist sich der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer mit 2,1 Millionen Euro. Neben den Gewerbebetrieben gilt es daher auch die Einkommensteuerzahler zu hegen und zu pflegen. Mit dem Soll-Überschuss aus 2014 in Höhe von 2,4 Millionen Euro wird wahrscheinlich das Ende der „fetten Jahre“ eingeläutet. Auch wenn eine Kreditaufnahme dieses Jahr nicht erforderlich ist, ist es sinnvoll, für den Neubau des Bauhofs einen Kredit mit einem Zinssatz in Höhe von 0,0 Prozent über die Bayerische Landesbodenkreditanstalt aufzunehmen mit der Folge, dass wir nächstes Jahr auf eine Rücklage in Höhe von 681.000 Euro zurückgreifen können. Für diese Idee danken wir der Kämmerin ausdrücklich. Verhehlen möchte ich aber nicht, dass es dieser Finanzakrobatik nicht bedarf, wenn die Kommunen von der Bayerischen Staatsregierung anständig mit Finanzmittel ausgestattet und nicht auch noch von anderen übergeordneten Gebietskörperschaften geschröpft werden würden.

So beklagenswert auch steigende Schuldenstände sind, beruhen sie dieses Jahr auf den Umstand des Neubaus der Verbandsschule. Dass es sich hierbei um eine sinnvolle Zukunftsinvestition handelt, wird mir von meinen Töchtern nicht erst seit Bezug des Neubaus bestätigt. Die nicht schulpflichtige Bevölkerung kann sich hierüber spätestens bei der Einweihung der Schule und dem Tag der Offenen Tür im Juli ein eigenes Bild machen.

Mit dem diesjährigen Investitionsprogramm, wie z.B. den Neubau des Bauhofs mit Photovoltaikanlage und die dortigen Anschaffungen von Arbeitsgeräten, die Erneuerungsmaßnahmen an der Kläranlage, die Königsstraße und – nicht zu vergessen – den südlichen Hofgarten, um nur einige zu nennen, sind wir auf einen guten Weg. Ich erspare Ihnen, die Aufzählung der weiteren im Haushalt genannten Investitionen. Würden wir sie nicht für gut befinden, hätten wir das schon längst artikuliert.

Die Breitbandförderung muss ich gesondert erwähnen. Die Zuwendungen des Staates möchte sicher keiner missen. Tatsache ist aber auch, dass die Stadt einen nicht unerheblichen Betrag aus eigenen Mittel aufbringen muss, obwohl die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse eine zentralen Leitvorstellung des Freistaats sein sollte. Ein intensiveres staatliches Engagement, dass auch nicht nur – wie bisher – die Minimalversorgung sichern soll, wäre daher wünschenswert, wenn das Heimatministerium von Staatsminister Söder tatsächlich kein Bayern der zwei Geschwindigkeiten will, wie es auf der Homepage des Ministeriums heißt.

Für das Projekt ROMANTIC OUTLET CITY (ROC) stellen wir 80.000 Euro ein. Die SPD-Fraktion steht hundertprozentig hinter diesem Ansatz. Auch wenn wir den ansässigen Einzelhändlern weiterhin gute Erträge wünschen und sie hierbei auch tatkräftig mit unseren alltäglichen Einkäufen und auch sonst unterstützen, müssen wir uns die Frage stellen, wie schaut trotz Amazon, Ebay und anderen Internethändlern unsere Innenstadt in 20 Jahren aus? Wir meinen düster, wenn der stetig wachsende Wandel im Einkaufsverhalten, auch wenn das zu beklagen ist, realistisch in die Zukunft projiziert wird. ROC ist daher eine Chance für eine belebte Innenstadt, deren Machbarkeit unbedingt weiter verfolgt werden muss. Unverständlich war uns daher die Wankelmütigkeit bei Teilen des Hohen Hauses. Wer die Bemühungen der Arbeitsgruppe um Lino Vertucci, Petra Raab, Katrin Ott, Sabine Koloska, Andreas Hönle, Dieter Hölderle, German Fall und des früheren Bürgermeisters Matti Müller (bis zu seinem Ausscheiden) als utopisch betrachtet, muss jetzt Farbe bekennen und sich entscheiden: Die Stadt nur verwalten oder aber aktiv in die Zukunft gerichtet gestalten.

Überrascht waren wir auch der Tatsache, dass das ROC anlässlich der berühmten - berüchtigten Stadtratsklausur Ende Februar 2015 nur in einem Nebensatz erwähnt wurde, obwohl sich diese ja das „Herausarbeiten eines Leitbildes / einer Zielsetzung zu den zukünftigen Funktionen der Innenstadt“ vorgenommen hatte. Auch sonst ist das Informationspotential der Stadtspitze verbesserungswürdig. Denn es kann nicht angehen, dass der Stadtrat von einer erforderlichen Machbarkeitsstudie ROC erst im März 2015 erfährt, obwohl das entsprechende Angebot bereits vier Monate vorher am 17. November 2014 bei der Verwaltung eingegangen war. Der Zugzwang, der uns jetzt ereilt, hätte bei rechtzeitigem Weitblick vermieden werden können. Als Eyecatcher möchte ich zusätzlich noch die Prüfung der Förderung durch Mittel der sozialen Stadt sowie den unter Bürgermeister Matti Müller begonnene Dialog mit dem Heimatministerium benennen, der sich derzeit wohl im Offline-Modus befindet.

Bezüglich der Aufnahme von 20.000 Euro für eine „Machbarkeitsstudie Bauabschnitt III Kelterfeld, Westumgehung und Hochwasserfreilegung“ beantragen wir, vorab hierüber abzustimmen. Für die Frage, ob statt des bisher angedachten Bauabschnitts II im Kelterfeld der Bauabschnitt III kommen soll, bedarf es keiner „Studie“, sondern einer politischen Entscheidung, ob die bisher nach langer Diskussion erfolgte Festlegung über den Haufen geschmissen werden soll oder nicht. Auch möchte ich daran erinnern, dass wir uns erst im September 2014 zu einem Kommunalen Flächenmanagement und insbesondere der Innenstadtverdichtung bekannt haben. Die Frage einer Westumgehung stellt sich für die Stadt Oettingen nicht. Einmal handelt es sich um eine Staatsstraße, für welche der Freistaat Bayern Verantwortung trägt. Die SPD-Fraktion ist nicht bereit, der Bayerischen Staatsregierung bei der Bewältigung ihrer originären Hausaufgaben zu helfen, vor allem auch, weil der Staatshaushalt des Freistaats sicher mehr Luft als der Unsere hat. Letztlich darf auch an den Bürgerentscheid Westumgehung erinnert werden, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Am 2. Dezember 2007 haben sich bekanntlich 73,34 Prozent der Oettinger Bürger gegen den Bau einer Westumgehung mit integrierter Hochwasserfreilegung ausgesprochen. Wer das dort erlittene Trauma noch nicht überwunden hat, möge bitte andere Wege außerhalb des Oettinger Haushalts suchen, beispielsweise seine überschüssige Energie auf die sinnvolle Reaktivierung der Bahnstrecke lenken. Das wäre eine win-win-Situation für uns alle. Wir beantragen daher ausdrücklich, den Haushaltsansatz ersatzlos zu streichen.

Unter dem Motto „Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern“ wurde im Rahmen der Haushaltsberatungen der Antrag gestellt, den Etat für die Bestandserweiterung Stadtbibliothek von 10.500 Euro auf 7.000 Euro zu kürzen. Dazu ist zu sagen, dass wir mit 21:0 Stimmen im Mai 2014 entschieden hatten, der „Online-Ausleihe“ beizutreten. Ausweislich des Beschlusses vom 27. Mai 2014 haben wir damals ausdrücklich erklärt, die notwendigen Kosten für die laufenden Ausgaben in die Haushalte der Folgejahre einzustellen. Folgerichtig wurden daher von der Kämmerei 9.000 Euro für die übliche Bestandserweiterung und 1.500 Euro für die Onleihe eingestellt. Zutreffend ist das seltsame Kürzungsansinnen im Finanzausschuss abgeschmettert worden. Politik muss verlässlich sein und darf nicht vom schwankenden Biorhythmus einzelner abhängen.

Ich danke namens der SPD-Fraktion, aber auch persönlich, allen, die sächlich, insbesondere monetär, und/oder ideell zu dem diesjährigen Haushalt und seiner Beratung beigetragen haben.

Zum Schluss kommend, möchte ich den soeben gestellten Antrag zur Streichung der Haushaltsposition „Machbarkeitsstudie Bauabschnitt III Kelterfeld, Westumgehung und Hochwasserfreilegung“ in Erinnerung rufen und danke Ihnen für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit.

Oettingen, den 29. April 2015

Robin Bhattacharyya

Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion